

Die Bundestagswahl 2017 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik

Eckhard Jesse

Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 gaben die 18- bis 24-Jährigen lediglich zu 8,0 Prozent der AfD ihre Stimme und damit zu mehr als einem Drittel weniger als die Gesamtwählerschaft (12,6 Prozent). 2013 hingegen hatte die Partei in dieser Altersgruppe (5,3 Prozent) besser abgeschnitten als insgesamt (4,7 Prozent). Wer nach dem männlichen und dem weiblichen Geschlecht unterscheidet, findet eine beträchtliche Differenz: 10,0 Prozent der Männer wählten in dieser Altersgruppe die AfD, aber nur 6,0 Prozent der Frauen. Bei den über 70-Jährigen konnte die Partei mit 8,3 Prozent ebenso wenig reüssieren, wobei die Differenz im Stimmenanteil zwischen Männern (11,3 Prozent) und Frauen (5,9 Prozent) deutlicher ausfiel als bei den 18- bis 24-Jährigen. Wer noch nicht oder nicht mehr im Berufsleben steht, votierte deutlich unterproportional für diese politische Kraft. Ein Blick auf die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht solche genauen wie überraschenden Erkenntnisse.¹ Erklärungen kann diese Statistik allerdings wenig liefern. Am 26. Januar 2018 hat der Bundeswahlleiter sie für die Bundestagswahl 2017 der Presse in gewohnt vorbildlicher Qualität präsentiert.² Diesmal, wie bereits 2013, haben Medien davon mehr berichtet als früher.³

1. Die Methodik der repräsentativen Wahlstatistik

Die Bundesrepublik ist der einzige Staat der Welt, der bei Bundestagswahlen (ebenso bei Europa- und Landtagswahlen) eine repräsentative Wahlstatistik (seit 1953; seinerzeit ohne Bayern und Rheinland-Pfalz; 1957 ohne das Saarland) veröffentlicht. Ihre Exaktheit ist nicht in Zweifel zu ziehen. Bereits in der Weimarer Republik – ab 1924 – gab es stichprobenartige Auszählungen nach dem Geschlecht⁴, allerdings nicht in systematischer Form.⁵

1 Vgl. zuletzt *Eckhard Jesse*, Die Bundestagswahl 2009 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 91 – 101; *ders.*, Die Bundestagswahl 2013 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 113 – 127.

2 Vgl. Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2018. Vgl. in der Reihe auch *ders.*, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise, H. 1, Wiesbaden 2017 (ohne die Hefte zur repräsentativen Wahlstatistik; siehe Fn. 2 und 11); *ders.*, Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen, H. 2, Wiesbaden 2017; *ders.*, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, H. 3, Wiesbaden 2017; *ders.*, Textliche Auswertung (Wahlergebnisse), H. 5, Teil 1, Wiesbaden 2018. Ferner erschien ein Sonderheft: *ders.*, Die Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber für die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag, Wiesbaden 2017.

3 Vgl. beispielsweise *Eckart Lohse*, Viele Frauen wählen CDU, in: FAZ vom 27. Januar 2018, S. 4; *Rainer Haubrich*, Die Bürger wählen taktischer denn je, in: Welt am Sonntag vom 28. Januar 2018, S. 12; *Dorothea Siems*, Die große Koalition der alten Wähler, in: Die Welt vom 29. Januar 2018, S. 5.

4 Gleichwohl ist die verbreitete Annahme, die NSDAP *Adolf Hitlers* sei überproportional von Frauen gewählt worden, nicht haltbar. Vgl. *Jürgen W. Falter*, Hitlers Wähler, München 1991, S. 136 – 145.

5 Schon bei den Wahlen zum sächsischen Landtag 1903 erfolgte eine Auswertung der Wahlbeteiligung nach Alter.

Nur bei den Bundestagswahlen zwischen 1994 und 1998 war diese Statistik mit nicht überzeugenden Gründen ausgesetzt worden.⁶ Die damalige Befürchtung, das Wahlgeheimnis könne verletzt werden, bestand zu Unrecht. In dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP zur Aufhebung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik hieß es zur Begründung wenig kenntnisreich: „Die repräsentative Wahlstatistik dient nicht in erster Linie Interessen des Staates. Ihre Abschaffung bei Wahlen auf Bundesebene stellt somit einen Beitrag zur im Rahmen des Projekts ‚Schlanker Staat‘ angestrebten Reduzierung amtlicher Statistik dar.“⁷ Der Bundesrat hatte sich hingegen für die Fortführung der repräsentativen Wahlstatistik 1994 und 1998 ausgesprochen.⁸ Der Bundestag verabschiedete am 31. Mai 1999 ein Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz) der Fraktionen SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen. Dieses ist jetzt die Rechtsgrundlage für die repräsentative Wahlstatistik, nicht mehr das Bundeswahlgesetz. In der Begründung hieß es nun: „An einer Fortführung der repräsentativen Wahlstatistik besteht ein erhebliches Allgemeininteresse. [...] Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat in ihrer Denkschrift ‚Forschungsfreiheit‘ die repräsentative Wahlstatistik als eine der wichtigsten Datenquellen der empirischen Wahlforschung bezeichnet, die als einziges Instrument langfristig angelegte sozialstrukturelle Daten erlaube. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik sind sowohl für politische Parteien und wissenschaftliche Einrichtungen als auch für Parlament, Regierung und Behörden von Bedeutung.“⁹ Dem bleibt nichts hinzuzufügen. Im Nachhinein stellt sich die Frage: Wie konnte es zu ihrer zeitweiligen Aussetzung überhaupt kommen?

Die repräsentative Wahlstatistik ermittelt die Wahlbeteiligung wie das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht.¹⁰ Die Zahl der Erhebungsbezirke darf nicht fünf Prozent der Wahlbezirke überschreiten. Ein Wahlbezirk muss mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen. Die Wähler erhalten in geeigneter Weise Kenntnis, dass ihre Stimme für die Wahlstatistik ausgewertet wird. Die Stimmzettel enthalten entsprechende Unterscheidungsaufdrucke nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen für die Auszählung. Das Wahlgeheim-

- 6 Vgl. die Gesetze zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik vom 28. September 1994 und vom 25. August 1998. Politologen hatten dagegen protestiert. Vgl. *Rainer-Olaf Schultze*, Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994, in: ZParl, 25. Jg. (1995), H. 2, S. 325 – 352, S. 331 (Fn. 6); *Oscar W. Gabriel*, Der Wähler – bald ein unbekanntes Wesen?, in: FAZ vom 23. Juni 1998, S. 1.
- 7 Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik (Wahlstatistikaufhebungsgesetz – WStatAufhG), in: Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drs. 13/19533 vom 28. April 1998, S. 2.
- 8 Vgl. die Entschlüsse des Bundesrates vom 23. September 1994 (Drs. 841/94) und vom 10. Juli 1998 (Drs. 661/98).
- 9 Entwurf eines Gesetzes über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/401 vom 23. Februar 1999, S. 4.
- 10 Vgl. *Johannes Hahlen*, Repräsentative Wahlstatistik bei Bundestagswahlen, in: *Gerd Pfeiffer / Udo Burgermeister / Gerald Roth* (Hrsg.), Der verfasste Rechtsstaat. Festgabe für Karin Grafßhof, Heidelberg 1998, S. 109 – 124; *Karina Schorn*, Die repräsentative Wahlstatistik – immer noch eine wenig bekannte Statistik, in: Kommunalpraxis Spezial, 9. Jg. (2009), H. 3, S. 118 – 127.

nis bleibt davon unberührt. Da diese Daten, die auf der tatsächlichen Stimmabgabe fußen (nicht auf der vor oder nach der Wahl bekundeten Meinung), erst Monate später vorliegen, ist die Öffentlichkeit, fixiert auf die in so genannten exit polls ermittelten Zahlen der Demoskopie, die bereits am Wahlabend zur Verfügung stehen, an ihnen kaum interessiert – ungeachtet ihrer Genauigkeit.

Für die Bundestagswahl 2017 basiert die repräsentative Wahlstatistik auf den Ergebnissen in 3,6 Prozent aller Wahlbezirke. Seit dem Jahre 2002 sind auch Briefwahlbezirke (diesmal 469 von 2.723 ausgesuchten Wahlbezirken; insgesamt: 88.511 Wahlbezirke) berücksichtigt, weil die Zahl der Briefwähler, deren Stimmabgabe von dem der Urnenwähler etwas differiert, von Wahl zu Wahl zunimmt. So bleibt die Repräsentativität der Ergebnisse gesichert.¹¹ Abweichungen gegenüber dem amtlichen Wahlergebnis gibt es faktisch nicht. Lediglich in Bremen wurde bei den Zweitstimmen die Zahl der ungültigen Stimmen um 0,6 Punkte zu gering ausgewiesen, die der „sonstigen Wähler“ um 0,6 Punkte zu hoch.¹² Die Statistik, die daher ihren Namen zu Recht verdient, stellt eine wahre Fundgrube für Parteienforscher dar – und für Politiker, wenn sie bereit sind, von ihr Kenntnis zu nehmen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse schließt nicht nur die Bundesebene, sondern auch die Landesebene ein.

Die Wahlbeteiligung wurde für das Geschlecht und für zehn Altersgruppen (18 bis 20, 21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69, ab 70 Jahre) anhand der Wahlverzeichnisse ermittelt, jeweils gesondert für Männer und Frauen, die Stimmabgabe nach dem Geschlecht und nach sechs Altersgruppen: 18 bis 24, 25 bis 34, 35 bis 44, 45 bis 59, 60 bis 69 und ab 70 Jahre.¹³ Seit dem Wahljahr 2013 ist angesichts der demographischen Entwicklung die Gruppe der über 60-Jährigen in die der 60- bis 69-Jährigen sowie in die der ab 70-Jährigen aufgeteilt worden. Allerdings wird seither zu Recht weiterhin das Wahlverhalten der über 60-Jährigen dokumentiert, um Vergleiche zu früheren Wahlen zu haben.

2. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung ist 2017 bei Männern und Frauen in allen zehn Altersgruppen gestiegen (vgl. Tabelle 1), am stärksten bei den 25- bis 29-jährigen Frauen um 7,7 Punkte auf 70,2 Prozent, am wenigsten bei den über 70-jährigen Männern um 1,5 Punkte auf 80,3 Prozent. Der größere Wahleifer – um immerhin 4,7 Punkte – hängt offenkundig mit einem

11 Zu den methodischen Hinweisen vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 161 – 167. Siehe auch ders., Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 5, Teil 2: Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik), Wiesbaden 2018 (im Erscheinen).

12 Vgl. ders., Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 167.

13 Für die Auswertung der Wahlbeteiligung gab es von 1953 bis 1961 sieben Altersgruppen (21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 39, 40 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69, ab 70 Jahre), von 1965 bis 1969 neun (21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69, ab 70 Jahre), für die Auswertung der Stimmabgabe von 1953 bis 1961 drei (21 bis 29, 30 bis 59, ab 60 Jahre), von 1965 bis 1969 vier (21 bis 29, 30 bis 44, 45 bis 59, ab 60 Jahre), von 1972 bis 2009 fünf (18 bis 24, 25 bis 34, 35 bis 44, 45 bis 59, ab 60 Jahre).

Tabelle 1: Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)*

Alter	Männer	Frauen	Zusammen
18 bis 20 Jahre	69,0 (+5,1)	70,8 (+7,4)	69,9 (+6,2)
21 bis 24 Jahre	65,8 (+6,5)	68,2 (+8,3)	67,0 (+7,4)
25 bis 29 Jahre	67,0 (+6,3)	70,2 (+7,7)	68,6 (+7,0)
30 bis 34 Jahre	70,8 (+6,9)	73,3 (+7,5)	72,0 (+7,2)
35 bis 39 Jahre	73,3 (+6,1)	75,6 (+6,7)	74,4 (+6,3)
40 bis 44 Jahre	75,2 (+4,7)	77,3 (+4,3)	76,3 (+4,5)
45 bis 49 Jahre	78,0 (+4,7)	79,7 (+5,0)	78,8 (+4,8)
50 bis 59 Jahre	79,0 (+4,6)	79,9 (+5,0)	79,4 (+4,7)
60 bis 69 Jahre	81,2 (+2,3)	80,9 (+2,3)	81,0 (+2,3)
ab 70 Jahre	80,3 (+1,5)	72,5 (+2,3)	75,8 (+2,1)
insgesamt	76,3 (+4,4)	76,0 (+4,8)	76,2 (+4,7)

* Gegenüber der damaligen Veröffentlichung nachträglich bereinigt um den Anteil aller Wahrscheinlicher, die nicht an der Wahl teilgenommen haben.

Lesehinweis: Die Wahlbeteiligung der 50- bis 59-jährigen Frauen betrug 2017 79,9 Prozent und damit 5,0 Punkte mehr als 2013.

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 11.

Thema zusammen, das die Bürger bewegt: dem der Einwanderung. Viele Bürger fühlten sich in dieser Frage durch die etablierten Kräfte nicht mehr vertreten. Die Reaktion auf diese „Repräsentationslücke“¹⁴ deutete sich schon bei den Landtagswahlen 2016 und 2017 an.¹⁵ Insofern war die Sorge der etablierten Kräfte angesichts der erhöhten Wahlbeteiligung unbegründet¹⁶, begründet jedoch, da sie weniger ihnen, sondern überproportional stark der AfD zugute kam.

Die Beteiligungskurve mit ihrem von Wahl zu Wahl wiederkehrenden Verlauf¹⁷ steigt von den 21- bis 24-Jährigen bis zu den 60- bis 69-Jährigen kontinuierlich und sinkt dann, vor allem wegen der über 70-jährigen Frauen, die, zum Teil gesellschaftlich isoliert, fast zu zehn Prozentpunkten weniger zur Wahl gehen als Männer in diesem Alter.¹⁸ Lediglich deshalb liegt die Beteiligungsquote der Frauen (76,0 Prozent), die in allen Wählergruppen bis 60 Jahren diejenige der Männer übertrifft, knapp unter jener der Männer (76,3 Prozent).

14 Vgl. Werner J. Patzelt, „Repräsentationslücken“ im politischen System Deutschlands. Der Fall PEGIDA, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 13. Jg. (2015), H. 1, S. 99 – 128; ders., Der 18. Deutsche Bundestag und die Repräsentationslücke. Eine kritische Bilanz, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 15. Jg. (2017), H. 2/3, S. 245 – 285.

15 In Baden-Württemberg erhöhte sie sich um 4,1 Punkte (niedrigste Steigerung), in Mecklenburg-Vorpommern um 10,4 Punkte (höchste Steigerung). Gleichwohl fiel sie im Südwestland (70,4 Prozent) 8,5 Punkte höher aus als im Nordostland (61,9 Prozent). Bei den Landtagswahlen 2014 und 2015 war die Wahlbeteiligung überall gefallen, in Brandenburg gar um 19,1 Punkte. Der Hauptgrund: Die Landtagswahl 2009 fand zusammen mit der Bundestagswahl statt.

16 Vgl. zahlreiche Beiträge in dem Band von Tobias Mörschel (Hrsg.), Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts, Baden-Baden 2016.

17 Vgl. Rolf Becker, Wahlbeteiligung im Lebensverlauf, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54. Jg. (2002), H. 2, S. 246 – 263.

18 Bei der Bundestagswahl 1990 betrug die Differenz exakt 10,0 Punkte.

Allerdings hängt der Grad der Wahlabstinenz nicht nur vom Alter ab, sondern auch von anderen Faktoren: Gutsituierte und formal besser Gebildete gehen häufiger zur Wahl.¹⁹ Wenn die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen stets jene der 21- bis 24-Jährigen übertrifft, so ist das nicht dem Reiz des Neuen zuzuschreiben (die Quote der Nichtwähler bei den 21- bis 24-Jährigen, also der Erstwähler, fiel in den 1950er und 1960er Jahren deutlich höher aus als bei den 25- bis 29-Jährigen)²⁰, sondern vielmehr der geringeren geographischen Mobilität. Viele wohnen noch im Elternhaus – ein gewisser sozialer Gruppendruck trägt zu stärkerer Wahlbeteiligung bei. Sie ist dort überproportional gestiegen, wo sie niedrig war (18 bis 39 Jahre), und dort unterproportional, wo sie überdurchschnittlich hoch war (ab 60 Jahre) – anders als 2013.

Obwohl die Beteiligung im Osten um 5,1 Punkte zunahm und im Westen nur um 3,2 Punkte, liegt sie in den alten Bundesländern mit 76,8 Prozent weiterhin deutlich über der in den neuen (73,2 Prozent). Allerdings sind die Unterschiede beträchtlich eingeebnet worden (Bundestagswahl 2009: 72,2 Prozent im Westen, 64,7 Prozent im Osten). Die geringste Quote ist bei den 21- bis 24-jährigen Männern mit 55,1 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen, die höchste bei den 60- bis 69-jährigen Männern mit 83,5 Prozent in Rheinland-Pfalz.²¹

3. Stimmabgabe nach dem Geschlecht

Die Union, das gilt für die CDU wie für die CSU, ist seit jeher eine Frauenpartei. Nur bei den Bundestagswahlen 1980 (44,2:43,7 Prozent) und 2002 (39,2:37,8 Prozent) überwog der Männeranteil den der Frauen.²² 1980 war *Franz Josef Strauß* Kandidat der Union, 2002 *Edmund Stoiber*, jeweils von der CSU. Beide Personen polarisierten und schreckten damit Frauen eher als Männer ab. Ansonsten zog die Union, wie erwähnt, stets mehr Frauen als Männer an, was auf ihre traditionell gemäßigte Haltung zurückgehen dürfte, auch wenn einige deutsche Autoren einen spezifischen „gender gap“ bestreiten²³, anders als etwa aus-

19 Vgl. etwa *Armin Schäfer*, Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015; *Markus Steinbrecher* / *Hans Rattinger*, Die Wahlbeteiligung, in: *Hans Rattinger* / *Sigrid Rofsteutscher* / *Rüdiger Schmitt-Beck* / *Bernhard Wefßels* u.a., Zwischen Langeweile und Extremen. Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden 2011, S. 77 – 90.

20 Vgl. *Ralf-Rainer Lavies*, Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht, Düsseldorf 1973, S. 76.

21 Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 12 f.

22 Vgl. ebenda, S. 14.

23 Vgl. etwa *Bettina Westle* / *Steffen Kühnel*, Geschlecht als Determinanten des Wahlverhaltens? Analysen mit der Repräsentativen Wahlstatistik 2005, in: *Frank Brettschneider* / *Oskar Niedermayer* / *Bernhard Wefßels* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfs und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 293 – 320; *Marc Debus*, Weder ein „modern gender gap“ noch „same gender voting“ in Deutschland? Zum Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen zwischen 1998 und 2013, in: *Harald Schoen* / *Bernhard Wefßels* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2016, S. 271 – 293. Siehe aber *Ina Elisabeth Bieber*, Die Macht ist weiblich. Frauen als Zielgruppe in Wahlkämpfen?, Münster 2005.

Tabelle 2: Stimmabgabe der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

Partei	Männer		Frauen		Zusammen	
CDU/CSU	29,2	(-9,4)	36,4	(-7,9)	33,0	(-8,5)
SPD	20,5	(-6,1)	20,5	(-4,5)	20,5	(-5,2)
AfD	16,3	(+10,4)	9,2	(+5,6)	12,6	(+7,9)
FDP	11,8	(+6,3)	9,7	(+5,6)	10,7	(+5,9)
Die Linke	9,7	(+0,6)	8,8	(+0,7)	9,2	(+0,6)
B90/Grüne	7,6	(+0,3)	10,2	(+0,6)	8,9	(+0,5)
Sonstige	4,9	(-2,2)	5,1	(-0,3)	5,0	(-0,8)

Lesehinweis: Die FDP erreichte 2017 bei den Männern 11,8 Prozent und damit 6,3 Punkte mehr als 2013.
Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 14.

ländische Forscher.²⁴ Diesmal fiel das weibliche Übergewicht bei der Union besonders deutlich aus. 36,4 Prozent der Frauen votierten für sie, nur 29,2 Prozent der Männer (vgl. Tabelle 2). Diese Disproportion war bei den Grünen mit 10,2 zu 7,6 Prozent noch höher. Bei der Union kommen auf vier Männer fünf Frauen, bei den Grünen auf drei Männer vier Frauen. Zum einen dürfte *Angela Merkel* zum Erfolg bei den Frauen maßgeblich beigetragen haben. Zweitens ist anzuführen, dass die emanzipationsbewussten Grünen nicht nur die verstärkte Kandidatur von Frauen propagieren, sondern sie auch praktizieren (58 Prozent ihrer Abgeordneten sind weiblich). Sie profitieren von den „weichen“ Themen, die sie in den Vordergrund rücken (wie Umweltschutz und Sozialpolitik). In den 1980er Jahren dominierte in ihrer Wählerschaft das männliche Geschlecht. Die Partei wäre 1983 nicht in den Bundestag gelangt, hätten nur Frauen wählen dürfen (4,8 Prozent; Männer: 5,9 Prozent). Sie galt weithin als radikal und schreckte Frauen eher ab. Seither steigt der weibliche Anteil im Elektorat der Grünen beständig.

Die SPD wies diesmal bei der Stimmabgabe nach dem Geschlechtern den gleichen Anteil bei Männern und Frauen auf.²⁵ War ihre Wählerschaft in den 1950 und 1960er Jahren klar männerdominiert, so trat 1972 ein Wandel ein. Das männliche Übergewicht sank deutlich (46,9:45,7 Prozent). Seit den 1970er Jahren sind die Geschlechtsunterschiede im SPD-Elektorat damit weithin eingebnet. Bei der Bundestagswahl 1980 überwog nicht zuletzt wegen der bereits erwähnten Kandidatur von *Franz Josef Strauß* sogar der Stimmenanteil von Frauen (43,9:43,1 Prozent), ebenso – und erst recht – 2002, wohl wegen der Kandidatur *Edmund Stoibers* (40,2:36,7 Prozent).

Die AfD (Männer: 16,3 Prozent; Frauen: 9,2 Prozent), die spezifische Frauenthemen vernachlässigt, wird zunehmend klar von Männern präferiert, mittlerweile fast doppelt so oft. Die Wählerschaft nimmt die Partei im Vergleich zu früher stärker als radikal wahr, da

24 Vgl. *Nathalie Giger*, Towards a Modern Gender Gap in Europe? A Comparative Analysis of Voting Behaviour in 12 Countries, in: *Social Science Journal*, 46. Jg. (2009), H. 3, S. 474 – 492; dies. / *Anne Maria Holli* / *Zoe Lefkofridi* / *Hanna Wass*, The Gender Gap in Same-Gender Voting. The Role of Context, in: *Electoral Studies*, Bd. 35 (2014), S. 303 – 314.

25 Das Überwiegen des weiblichen Anteils im Elektorat geht darauf zurück, dass 51,5 Prozent der Wähler Frauen sind.

folgende Faustregel gilt: Männer sympathisieren durchschnittlich mehr als Frauen mit Parteien, die radikal auftreten. Bei der Bundestagswahl 2013 lag das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen AfD-Wählern „nur“ bei fünf zu drei. Die Partei konnte sich beim männlichen Elektorat um 10,4 Punkte steigern, beim weiblichen um 5,6. Bei der FDP und der Partei Die Linke dominiert ebenfalls der männliche Anteil: bei letztgenannter immer, bei der FDP fast immer (bis auf 1980, als *Strauß* Kanzlerkandidat der Union war). 11,8 Prozent der Männer und 9,7 Prozent der Frauen votierten für die FDP, 9,7 Prozent der Männer für Die Linke und 8,8 Prozent der Frauen. Bei den „sonstigen Parteien“ schnitten die Männer stets besser ab – mit der Ausnahme der letzten Bundestagswahl (5,1:4,9 Prozent). Die stark männerdominierten Parteien wie die NPD und die Piratenpartei brauchen ein (jeweils 0,4 Prozent), die Tierschutzpartei (0,8 Prozent) und die Freien Wähler (1,0 Prozent) zogen kein spezifisch männliches Elektorat an. So kamen die Freien Wähler bei den Frauen auf 1,1 Prozent, bei den Männern auf 0,9 Prozent.²⁶

4. Stimmabgabe nach dem Alter

Die Abweichungen nach Altersgruppen sind bei den meisten Parteien ausgeprägter als die nach dem Geschlecht. Die Höchstwerte liegen gegenüber den Niedrigstwerten bei fünf Parteien allerdings nicht so weit auseinander, als dass sie das Doppelte erreichen (vgl. Tabelle 3). Bei der AfD wäre dies fast der Fall gewesen: 15,4 Prozent der 35- bis 44-Jährigen wählten die AfD, aber nur 8,0 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. Krass sind die Differenzen bei den Grünen: Bei den 18- bis 24-Jährigen kommen sie auf den dritten Platz, bei den über 70-Jährigen auf den letzten der im Bundestag vertretenen Parteien.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 erzielten die Grünen bei den „ganz Jungen“ 2,7 Punkte mehr, bei den „ganz Alten“ dagegen nur 0,5. Das „Ergrauen der Grünen“²⁷ ist damit gestoppt worden. FDP und Die Linke erfuhren – anders als 2013 – ebenfalls einen (allerdings deutlich schwächeren) Zuspruch in jüngeren Altersgruppen. Beide Parteien legten in den ersten drei Altersgruppen überproportional zu. Die AfD hätte bei den 35- bis 44-Jährigen die SPD fast eingeholt (15,4:15,6 Prozent). Union und SPD schnitten jeweils in der ältesten Altersgruppe am besten ab. Sie verloren hier deutlich weniger als anderswo. Bei den „sonstigen Parteien“ lauten die Extremwerte: 10,4 Prozent (18 bis 24 Jahre) und 1,4 Prozent (ab 70 Jahre).

Lebenszyklische Einflüsse überlagern generationsspezifische beim Wahlverhalten. Wer die Ergebnisse über einen längeren Zeitraum vergleicht, erkennt die Dominanz des Alters. Bündnis 90/Die Grünen ist seit jeher eine junge Partei, die Union eine alte. Die Annahme, es sei nicht „von Alterseffekten in dem Sinne [zu] sprechen, dass mit zunehmendem Alter

26 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 15 f.; die NPD erzielte 0,5 Prozent bei den Männern und 0,3 Prozent bei den Frauen. Die repräsentative Wahlstatistik erfasste auch die Wählerschaft dieser beiden Parteien.

27 Vgl. *Wilhelm P. Bürklin / Russell J. Dalton*, Das Ergrauen der Grünen, in: *Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*, Opladen 1994, S. 264 – 302; *Markus Klein / Kai Arzheimer*, Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach einundzwanzig Jahren, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 536 – 559.

Tabelle 3: Stimmabgabe der Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

	18 bis 24 Jahre	25 bis 34 Jahre	35 bis 44 Jahre	45 bis 59 Jahre	60 bis 69 Jahre	ab 70 Jahre	Zusammen
CDU/CSU	25,0 (-6,6)	26,8 (-9,7)	30,5 (-9,9)	30,4 (-7,9)	33,3 (-9,8)	44,6 (-7,3)	33,0 (-8,5)
SPD	18,4 (-6,1)	17,1 (-4,8)	15,6 (-6,1)	19,9 (-6,4)	23,3 (-5,1)	25,2 (-3,1)	20,5 (-5,2)
AFD	8,0 (+2,7)	12,8 (+7,4)	15,4 (+9,9)	15,1 (+9,7)	13,2 (+8,6)	8,3 (+5,5)	12,6 (+7,9)
FDP	13,2 (+8,3)	11,4 (+6,7)	11,4 (+6,5)	10,3 (+5,9)	10,3 (+5,4)	10,1 (+4,9)	10,7 (+5,9)
Die Linke	10,5 (+3,1)	10,9 (+2,3)	9,1 (+1,1)	9,3 (-0,5)	10,5 (+0,4)	6,8 (+0,1)	9,2 (+0,6)
B90/Grüne	14,6 (+2,7)	11,1 (+0,4)	11,0 (-0,2)	10,5 (-0,1)	6,8 (+1,0)	3,8 (+0,5)	8,9 (+0,5)
Sonstige	10,4 (-3,9)	9,8 (-2,3)	7,0 (-1,2)	4,6 (-1,2)	2,6 (-0,5)	1,4 (-0,4)	5,0 (-1,2)

Lesehinweis: Die SPD erreichte bei den 45- bis 59-Jährigen 19,9 Prozent und damit 6,4 Punkte weniger als 2013.

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 18.

die Wähler zur CDU tendieren und junge Wähler zu den Grünen⁴²⁸, trifft keineswegs zu. Alter ist mithin durchaus ein Bestimmungsgrund. Das Wahlverhalten wechselt mit dem Alter stark, unabhängig von generationsspezifischen Prägungen. Da die Kohorte der älteren Wähler dominiert (37,2 Prozent sind über 60 Jahre alt), berücksichtigen die Parteien in ihrer Programmatik und im Wahlkampf deren Interessen offenkundig mehr als die der Jüngeren.

5. Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Werden Geschlecht und Alter miteinander kombiniert, sind beträchtliche Abweichungen zu erkennen, auch wenn die Union in jeder der sechs Altersgruppen bei Männern und Frauen dominiert. Stimmten 22,6 Prozent der 18-bis 24-jährigen Männer und 48,4 Prozent der über 70-jährigen Frauen für die Union, ist es bei den Grünen gerade umgekehrt: 17,8 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen gaben ihnen die Stimme, aber nur 3,3 Prozent der über 70-jährigen Männer (vgl. Tabelle 4). Ist bei der Wählerschaft der Union die prozentuale Differenz zwischen dem Männer- und dem Frauenanteil in allen Altersgruppen in etwa gleich, nimmt sie beim Elektorat der Grünen mit dem Alter beständig ab. Kamen in der jüngsten Altersgruppe auf einen männlichen Wähler 1,6 weibliche, so waren es in der ältesten 1,3. In den ersten vier Altersgruppen schneiden bei den Frauen die Grünen besser ab als bei den 18- bis 24-jährigen Männern. Die SPD übertraf ihr Gesamtergebnis von 20,5 Prozent nur bei den Wählern ab 60. Das ist ein Menetekel. Bei den Wählern unter 45 überwiegt der Frauen-, bei denen über 45 Jahre der Männeranteil. Die AfD, die sich bei den 35- bis 44-jährigen Männern um 12,8 Punkte steigern konnte, erreichte mit 19,7 Prozent als zweitstärkste Partei fast fünf Punkte mehr als die SPD in dieser Altersgruppe, bei den über 60-jährigen Frauen kam sie lediglich auf 5,9 Prozent – und damit nur an die sechste Stelle (bei den gleichaltrigen Männern hingegen an die dritte), wie auch bei den 18-bis 24-jährigen Männern und Frauen. In allen Altersgruppen überwiegt bei der FDP und bei der Linken der männliche Anteil. Allerdings ist die Tendenz gegenläufig. Bei der Linken wird der Unterschied zwischen Männer- und Frauenanteil mit zunehmendem Alter größer, bei der FDP geringer.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 ist das Elektorat der Union mit einem Verlust von 11,3 Punkten bei den 35- bis 44-jährigen Männern eingebrochen, das der SPD mit jeweils 7,2 Punkten bei den 35- bis 44-jährigen sowie den 45- bis 59-jährigen Männern. Die AfD gewann exakt in diesen beiden Altersgruppen bei den Männern mit 12,8 Punkten am meisten hinzu, die FDP bei den 18- bis 24-jährigen Männern mit 11,0 Punkten, Die Linke ist in dieser Altersgruppe bei den Männern mit einem Plus von 3,2 Punkten, Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls in der jüngsten Altersgruppe mit 2,7 Prozentpunkten vertreten. Obwohl Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sich insgesamt um 0,6 beziehungsweise 0,5 Punkte steigern konnten, büßten sie in einzelnen Kategorien Stimmen ein: Die Linke verlor bei den 45- bis 59-jährigen Männern 0,8 Punkte, Bündnis 90/Die Grünen bei den 35- bis 44-jährigen Männern 0,3 Punkte.

28 So Jürgen W. Falter / Uwe W. Gebrügge, *Alter – ein neues Cleavage?*, in: Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*, Opladen / Wiesbaden 1998, S. 463 – 503, S. 501.

Tabelle 4: Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 (Angaben in Prozent; Differenz in Prozentpunkten)

Alter	Wahljahr	CDU/CSU		SPD		AfD		FDP		Die Linke		B90/Grüne		Sonstige	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 bis 24 Jahre	2017	22,6	27,5	18,2	18,6	10,0	6,0	16,7	9,7	10,5	10,4	11,4	17,8	10,7	10,0
	zu 2013	(-7,1)	(-6,2)	(-7,0)	(-5,2)	(+3,3)	(+2,1)	(+11,0)	(+5,7)	(-3,2)	(+2,9)	(+2,7)	(+2,5)	(-6,0)	(-1,8)
25 bis 34 Jahre	2017	23,5	30,0	16,4	17,7	16,1	9,6	13,5	9,3	11,5	10,4	8,8	13,3	10,0	9,6
	zu 2013	(-10,9)	(-8,7)	(-5,7)	(-4,1)	(+9,4)	(+5,4)	(+8,1)	(+5,2)	(+2,8)	(+1,9)	(+0,2)	(+0,5)	(-4,1)	(-0,4)
35 bis 44 Jahre	2017	27,1	33,7	14,9	16,4	19,7	11,2	12,6	10,2	9,4	8,8	9,2	12,7	7,1	7,0
	zu 2013	(-11,3)	(-8,9)	(-7,2)	(-5,0)	(+12,8)	(+7,1)	(+7,0)	(+6,1)	(+1,1)	(+1,0)	(-0,3)	(-0,2)	(-2,2)	(-0,1)
45 bis 59 Jahre	2017	27,7	33,1	20,0	19,7	19,2	11,1	10,9	9,7	9,3	9,2	8,8	12,1	4,0	5,1
	zu 2013	(-8,7)	(-7,0)	(-7,2)	(-5,6)	(+12,8)	(+6,8)	(+4,5)	(+5,4)	(-0,8)	(-0,2)	(-0,2)	(+0,3)	(-1,9)	(-0,2)
60 bis 69 Jahre	2017	29,2	37,1	24,1	22,6	16,7	9,9	10,6	10,0	11,2	9,9	6,0	7,6	2,2	2,9
	zu 2013	(-10,0)	(-9,6)	(-5,8)	(-4,6)	(+10,9)	(+6,4)	(+5,0)	(+5,8)	(+0,1)	(+0,9)	(+0,7)	(+1,3)	(-1,1)	(-0,1)
ab 70 Jahre	2017	39,7	48,4	26,2	24,4	11,3	5,9	10,7	9,5	7,7	6,1	3,3	4,2	1,1	1,5
	zu 2013	(-8,2)	(-6,7)	(-3,6)	(-2,7)	(+7,6)	(+3,8)	(+4,8)	(+4,9)	(±0,0)	(+0,2)	(+0,3)	(+0,6)	(-2,3)	(-0,2)
insgesamt	2017	29,2	36,4	20,5	20,5	16,3	9,2	11,8	9,7	9,7	8,8	7,6	10,2	4,9	5,1
	zu 2013	(-9,4)	(-7,9)	(-6,1)	(-4,5)	(+10,4)	(+5,6)	(+6,3)	(+5,6)	(+0,6)	(+0,7)	(+0,3)	(+0,6)	(-2,2)	(-0,3)

Lesehinweis: Bündnis 90/Die Grünen erreichte bei den 45- bis 59-jährigen Frauen 12,1 Prozent und damit 0,3 Punkte mehr als 2013.
Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 17–22.

Tabelle 5: Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen 2017 im Vergleich zu 2013 (in Prozent)

Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von ...

Partei	18 bis 24 Jahre		25 bis 34 Jahre		35 bis 44 Jahre		45 bis 59 Jahre		60 bis 69 Jahre		ab 70 Jahre	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Insgesamt	7,3	7,2	12,3	12,9	13,9	13,3	30,1	29,6	14,6	16,4	21,8	20,7
CDU	5,4	5,3	10,7	10,3	13,4	12,2	27,6	27,5	15,0	16,6	27,8	28,0
SPD	7,0	6,5	10,5	10,7	11,7	10,1	30,8	28,8	16,1	18,6	24,0	25,3
AfD	8,3	4,5	14,1	13,1	16,1	16,2	34,3	35,6	14,3	16,9	12,8	13,5
FDP	7,5	8,8	12,2	13,7	14,1	14,1	27,6	28,5	14,9	15,7	23,6	19,2
Die Linke	6,3	8,1	12,3	15,3	13,0	13,1	34,3	29,8	17,1	18,6	17,0	15,1
B90/Grüne	10,3	11,7	15,6	14,0	18,4	16,3	37,1	34,8	10,0	12,5	8,6	8,6
CSU	6,4	6,0	11,4	11,2	14,1	12,7	27,9	27,0	15,7	16,1	24,5	27,0
Männer	7,7	7,4	12,6	13,2	14,2	13,6	31,0	30,5	14,6	16,4	19,8	18,9
CDU	5,8	5,7	11,1	10,5	14,0	12,6	29,2	29,0	14,7	16,5	25,2	25,8
SPD	7,3	6,6	10,5	10,2	11,8	9,8	31,8	29,8	16,3	12,3	22,3	23,9
AfD	8,7	4,6	14,3	13,1	16,5	16,5	33,8	36,0	14,3	16,9	12,3	13,0
FDP	8,1	10,5	12,4	9,1	14,5	14,5	28,7	28,1	14,9	14,7	21,4	17,0
Die Linke	6,2	8,0	12,9	15,6	12,9	13,2	34,3	29,4	17,8	18,9	16,7	14,8
B90/Grüne	9,3	11,3	15,0	15,5	18,5	16,5	38,3	35,6	10,7	13,1	8,2	8,1
CSU	6,8	6,2	12,0	11,5	14,6	13,0	29,3	28,4	15,3	16,1	22,1	24,8
Frauen	6,9	6,9	12,0	12,5	13,6	13,0	29,3	28,9	14,6	16,3	23,6	22,4
CDU	5,1	5,1	10,3	14,2	12,9	11,9	26,5	26,4	15,2	16,7	29,9	29,7
SPD	6,6	6,3	10,4	10,9	11,6	10,4	29,7	27,9	15,9	18,0	25,7	26,5
AfD	7,6	4,5	13,8	13,2	15,6	15,8	35,0	34,8	14,4	17,5	13,6	14,2
FDP	6,7	6,9	12,0	12,0	13,7	13,6	26,3	28,9	14,9	16,8	26,4	21,8
Die Linke	6,4	8,2	12,6	14,0	13,1	13,0	34,3	30,2	16,3	18,4	17,2	15,3
B90/Grüne	11,1	12,1	16,0	16,4	18,3	16,2	36,3	34,3	9,5	12,1	8,8	9,1
CSU	6,1	5,8	11,0	11,1	13,6	12,4	26,6	25,8	16,1	16,1	26,6	28,8

Leschinsweis: 13,1 Prozent der AfD-Wähler waren bei der Bundestagswahl 2017 zwischen 25 und 34 Jahren alt.
 Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 28.

Da die sechs Altersgruppen nicht annähernd die gleiche Größe aufweisen (zu den 18- bis 24-Jährigen gehören 7,2 Prozent der Wähler, zu den 25- bis 34-Jährigen 12,7 Prozent, zu den 35- bis 44-Jährigen 13,2 Prozent, zu den 45- bis 59-Jährigen 29,8 Prozent, zu den 60- bis 69-Jährigen 16,4 Prozent, zu den über 70-Jährigen 20,8 Prozent), ist ein Blick auf den prozentualen Anteil der Altersgruppen bei der Wählerschaft der Parteien sinnvoll (vgl. Tabelle 5). 11,7 Prozent der Wähler der Grünen sind zwischen 18 und 24 Jahre alt, bei der AfD ganze 4,5 Prozent. Nicht viel besser schneidet die CDU mit 5,3 Prozent ab (CSU: 6,0 Prozent). Die Sozialdemokraten erzielen ihren Löwenanteil mit 28,0 Prozent bei den über 70-Jährigen Wählern, die anderen Parteien alle bei den 45- bis 59-Jährigen. Die größte Zustimmung erhält die Partei Die Linke bei den 35- bis 44-Jährigen, die FDP bei den 18- bis 24-Jährigen.

Im Vergleich zu den letzten Bundestagswahlen ist die Wählerschaft der Union und – mehr noch – der SPD eindeutig älter geworden, die der Grünen, angesichts der Erfolge bei den 60- bis 69-Jährigen allerdings nicht durchgängig und die der FDP eindeutig jünger. Bei der AfD und der Partei Die Linke fällt die Tendenz etwas schwächer aus: Letztgenannte hat – mit einem massiven Minus in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen – bei den jüngeren Wählern überproportional zugelegt, die AfD unterproportional.²⁹

6. Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

Ein Vergleich des Wahlverhaltens in den neuen und den alten Ländern fördert gravierende Unterschiede zutage. Die etwa von *Hans Rattinger* vor 25 Jahren geäußerte Vermutung, das Wahlverhalten würde sich angleichen³⁰, hat getrogen. Um nur drei markante Abweichungen herauszugreifen: Die SPD kam in den alten Bundesländern auf 21,9 Prozent, in den neuen nur auf 13,9, die AfD in den alten auf 10,7 Prozent, in den neuen auf 21,9 Prozent, die NPD in den alten auf 0,3 Prozent, in den neuen auf 0,9 Prozent. Solche Ost-West-Differenzen, für deren Ermittlung die repräsentative Wahlstatistik nicht nötig ist, dürften die einschlägigen Diskussionen der Vergangenheit³¹ weiter inspirieren.

Die Extremwerte für Ost und West, aufgeschlüsselt nach dem Geschlecht und nach Altersgruppen, lauten wie folgt (vgl. Tabelle 6): Die Union erhielt 50,2 Prozent bei den Frauen ab 70 im Westen (17,6 Prozent: Ost, Männer, 18 bis 24 Jahre), die SPD 27,3 Prozent bei den Männern ab 70 im Westen (10,1 Prozent: Ost, Männer, 35 bis 44 Jahre), die AfD

29 Vgl. auch das Schaubild, in: Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 177.

30 Vgl. *Hans Rattinger*, Das Wahlverhalten bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nach Alter und Geschlecht. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, in: ZParl, 23. Jg. (2002), H. 2, S. 266 – 280, S. 280.

31 Vgl. etwa *Kai Arzheimer*, Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive, in: *Harald Schoen / Bernhard Wessels* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 23), S. 71 – 89; *Hendrik Träger*, Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014), in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 57 – 81; *Eckhard Jesse*, Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: *Astrid Lorenz* (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen / Berlin / Farmington Hills 2011, S. 99 – 119. Siehe jetzt *ders.*, Die Bundestagswahl 2017 und die Regierungsbildung. Zäsur im Wahlverhalten, im Parteiensystem und in der Koalitionsbildung, in: ZfP, 65. Jg. (2018), H. 2, S. 168 – 184.

32,9 Prozent bei den 45- bis 59-jährigen Männern im Osten (4,8 Prozent: West, Frauen, ab 70 Jahre), die FDP 17,4 Prozent bei den 18- bis 24-jährigen Männern im Westen (5,2 Prozent: Ost, Männer, ab 70 Jahre), Die Linke 23,0 Prozent bei den Männern ab 70 im Osten (2,9 Prozent: West, Frauen, ab 70 Jahre), Bündnis 90/Die Grünen 18,2 Prozent bei den 18- bis 24-jährigen Frauen im Westen (1,6 Prozent: Ost, Männer, ab 70 Jahre). Besonders auffällig: Die Extremwerte liegen in zehn von zwölf Fällen bei den 18- bis 24-Jährigen und bei den über 70-Jährigen.

Zum Teil sind die Ergebnisse zwischen Ost und West gegenläufig. Etwas vereinfacht gilt: Mit zunehmendem Alter verzeichnet Die Linke im Osten stärkere Quoten, schwächere im Westen. So fiel in Ostdeutschland die Präferenz der über 70-Jährigen bei der Partei Die Linke um 5,3 Punkte höher aus als bei den 18- bis 24-Jährigen, in Westdeutschland hingegen wählten diese um 5,9 Punkte mehr Die Linke als die über 70-Jährigen. Dieser Befund geht zurück auf das eher bodenständige Auftreten der Partei im Osten und das deutlich radikalere im Westen, womit sie junge Personen offenbar stärker anspricht. Die älteren Frauen wählen im Westen überdurchschnittlich die FDP, jedoch nicht im Osten. Bei den jüngeren Frauen ist es umgekehrt.

Mit Blick auf die anderen vier Parteien ähnelt sich das Wahlverhalten bei den Altersgruppen und beim Geschlecht in den neuen und den alten Ländern – mit der gravierenden Differenz eines zwischen den Parteien höchst unterschiedlichen Abschneidens in den beiden Teilen: War die AfD im Osten überproportional stark, so traf dies für Union, SPD und Grüne im Westen zu. Dass 14,5 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen in den neuen Bundesländern den Grünen ihre Stimme gaben, ist ebenso bemerkenswert wie das dortige Ergebnis für die über 70-jährigen Wähler mit 1,6 Prozent.

Das Ergebnis in Sachsen stellte eine große Überraschung dar: Die AfD schnitt mit 27,0 Prozent knapp besser ab als die Hegemonialpartei CDU (26,9 Prozent), die bisher bei allen Bundestags- und Landtagswahlen stärkste Partei geworden war, und zwar zumeist mit einem klaren Vorsprung.³² Wer die repräsentative Wahlstatistik heranzieht³³, erfährt mehr über „Sachsens ‚blaues Wunder‘“³⁴. Die AfD gewann drei Direktmandate und erzielte bei den Männern 33,1 Prozent, bei den Frauen 21,2 Prozent. Sie war in allen Altersgruppen bis 60 Jahre klar die stärkste Partei. Hier spiegeln sich die Ergebnisse für die neuen Bundesländer nach Geschlecht wider (so stand die Partei dort bei den Männern in allen Altersgruppen bis 60 an erster Stelle, selbst bei den 18- bis 24-Jährigen), allerdings auf einem höheren Niveau. Naturgemäß kann die repräsentative Wahlstatistik die Motive der Stimmabgabe für eine Partei nicht eruieren, aber auch die Umfrageforschung tut sich schwer damit.³⁵

32 Vgl. *Thomas Schubert*, (K)eine aussterbende Spezies? Kompetitive Hegemonialparteiensysteme und die Faktoren ihres Parteienwettbewerbs am Beispiel von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, in: *ZfP*, 60. Jg. (2013), H. 4, S. 393 – 413; *ders.*, Wahlen und Wahlverhalten, Parteien und Parteiensysteme, in: *Eckhard Jesse / ders. / Tom Thieme*, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 137 – 159, S. 161 – 185.

33 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 101.

34 Vgl. *Hendrik Träger*, Sachsens „blaues Wunder“ bei der Bundestagswahl 2017, in: *ZfP*, 65. Jg. (2018), H. 2, S. 195 – 216.

35 Vgl. ebenda.

Tabelle 6: Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter bei der Bundestagswahl 2017 differenziert nach Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Alter	CDU/CSU				SPD				AFD				FDP				Die Linke				B90/Grüne				Sonstige			
	Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost		West		Ost		West	
	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M	F
18-24 Jahre	17,6	21,3	23,4	28,4	13,2	12,9	18,9	19,2	18,0	12,1	9,0	5,2	12,4	7,7	17,4	9,9	16,1	16,4	9,6	9,4	8,1	14,5	11,7	18,2	14,7	15,1	10,1	9,4
25-34 Jahre	18,3	24,1	24,6	31,3	11,5	12,8	17,5	18,7	27,3	18,2	13,9	7,9	8,9	7,2	14,5	9,8	15,1	15,3	10,5	9,3	6,1	8,7	9,4	14,3	12,8	13,6	9,5	8,8
35-44 Jahre	21,7	29,3	28,5	34,9	10,1	11,3	16,1	17,5	31,5	19,5	17,0	9,3	9,1	8,5	13,5	10,6	13,0	14,1	8,4	7,6	6,2	8,6	9,8	13,6	8,3	8,8	6,8	6,5
45-59 Jahre	22,7	29,8	28,7	33,8	11,3	12,1	21,9	21,9	32,9	19,8	16,4	9,2	8,1	8,1	11,4	10,0	15,4	17,4	8,1	7,5	4,5	5,9	9,7	13,4	5,1	6,8	3,8	4,8
60-69 Jahre	24,7	39,5	30,2	37,9	14,3	14,2	26,4	24,6	28,0	16,5	14,0	8,2	6,6	6,9	11,5	10,8	20,9	21,2	8,9	7,2	2,5	3,3	6,9	8,7	3,0	4,3	2,0	2,6
ab 70 Jahre	29,0	40,2	42,0	50,2	21,1	18,7	27,3	25,7	18,6	10,5	9,5	4,8	5,2	5,6	12,0	10,4	23,0	20,5	4,4	2,9	1,6	2,4	3,7	4,6	1,4	2,2	1,1	1,4
insgesamt	23,3	31,7	30,4	37,5	13,7	14,0	22,0	21,8	27,6	16,5	13,9	7,6	7,7	7,2	12,7	10,3	17,5	18,1	8,0	6,8	4,2	5,7	8,3	11,2	5,9	6,8	4,7	4,8

Lesehinweis: 24,1 Prozent der ostdeutschen Frauen zwischen 25 und 34 Jahren wählen 2017 mit ihrer Zweitstimme CDU/CSU.
Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 108 f.

7. Urnen- und Briefwähler, ungültige Stimmen

Ein Vergleich zwischen den Urnenwählern und den Briefwählern – 1957, beim ersten Mal, waren es 4,9 Prozent, mittlerweile sind es 28,6 Prozent – belegt charakteristische Unterschiede: Die drei „Wohlstandsparteien“ (Union, Liberale und Grüne) kommen bei den Briefwählern deutlich besser weg (vgl. Tabelle 7): zum einen deshalb, weil Gutsituierte stärker von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, wenn sie am Wahltag verhindert sind, zum zweiten, weil weniger Gebildete vor der Hürde des Briefwahlvotums eher zurückschrecken. Krass fällt der Unterschied bei der AfD aus (Urnenwähler: 13,9 Prozent; Briefwähler: 9,6 Prozent). Die Partei schnitt bei den 35- bis 44-jährigen Wählern, die eine Wahlkabine aufgesucht hatten, sogar etwas besser als die SPD ab (16,8:16,2 Prozent). Die Wählerschaft der Parteien weist in allen sechs Kategorien diese mit dem Alter meist nachlassende Tendenz auf. Nur bei den über 70-jährigen Wählern der Grünen gibt es im Votum keine Abweichungen zwischen den Brief- und den Nicht-Briefwählern.

Bei den ungültigen Zweitstimmen fällt auf, dass ihr Anteil bei den Briefwählern mit 0,5 Prozent deutlich niedriger liegt als bei den „Kabinenwählern“ (1,2 Prozent). Wer eigens Briefwahl beantragt, dürfte kein Interesse daran haben, seine Stimme(n) ungültig zu machen; und Briefwähler, im Schnitt ohnehin gebildeter, sind bei der Stimmabgabe nicht im Stress. Die Zahl der ungültigen Erststimmen (2013: 1,5 Prozent; 2017: 1,2 Prozent) übertrifft nicht nur bei der letzten Wahl die der ungültigen Zweitstimmen (2013: 1,3 Prozent; 2017: 1,0 Prozent). Ein Grund: Wähler dürften mit Kandidaten etwas weniger anfangen als mit Parteien.

Wie die repräsentative Wahlstatistik erhellt, steigt mit zunehmendem Alter die Quote der ungültigen Stimmen. Frauen und Ostdeutsche sind daran leicht überproportional beteiligt. Zu 43,6 Prozent war sowohl die Erst- als auch die Zweitstimme ungültig, zu 36,8 Prozent nur die Erststimme, zu 19,6 Prozent lediglich die Zweitstimme.³⁶ Für die Gretchenfrage, ob ungültige Stimmen beabsichtigt oder unbeabsichtigt sind³⁷, ist aus der repräsentativen Wahlstatistik auch einiger Aufschluss zu gewinnen. Wenn die Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen waren (Häufigkeit: 20,1 Prozent), so dürfte Absicht der naheliegende Grund sein. Hingegen kommt für die folgenden drei Fälle eher Unkenntnis in Frage: Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimme mehrere Kreuze (Häufigkeit: 5,1 Prozent); Erststimmenseite mehrere Kreuze, Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen (5,0 Prozent); beide Seiten mehrere Kreuze (Häufigkeit: 9,5 Prozent). Bei einer ungültigen Erst- und einer ungültigen Zweitstimme ist zu unterscheiden zwischen einer leeren oder durchgestrichenen Erststimme (Häufigkeit: 30,4 Prozent) und einer Erststimmenseite mit mehreren Kreuzen (Häufigkeit: 14,6 Prozent). Im ersten Fall ist wohl von Absicht auszugehen, im zweiten von Unkenntnis. Bei einer gültigen Erst- und einer ungültigen Zweitstimme liegt eine ähnliche Vermutung nahe: Ist die Seite für die Zweitstimme leer oder durchge-

36 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 29, S. 151 – 160.

37 Die Wahlforschung hat diese Frage von eher minderer Relevanz länger nicht untersucht. Vgl. früher *Rodney P. Stiefbold*, The Significance of Void Ballots on West German Elections, in: *The American Political Science Review*, 59. Jg. (1965), H. 2, S. 391 – 407; *Eckhard Jesse*, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1983, Düsseldorf 1985, S. 303 – 307.

Tabelle 7: Stimmen der Urnen- und Briefwähler bei der Bundestagswahl 2017 nach Altersgruppen (in Prozent)

Partei	Insgesamt		18 bis 24 Jahre		25 bis 34 Jahre		35 bis 44 Jahre		45 bis 59 Jahre		60 bis 69 Jahre		ab 70 Jahre	
	Urne	Brief	Urne	Brief	Urne	Brief	Urne	Brief	Urne	Brief	Urne	Brief	Urne	Brief
ungültig	1,2	0,5	0,8	0,5	0,7	0,4	0,8	0,4	0,8	0,5	1,3	0,6	2,3	0,7
gültig	98,8	99,5	99,2	99,5	99,3	99,6	99,2	99,6	99,2	99,5	98,7	99,4	97,7	99,3
CDU/CSU	31,5	36,4	23,7	29,1	25,5	30,7	29,5	33,7	29,3	33,4	32,2	35,3	43,5	45,8
SPD	21,0	19,4	19,4	15,4	17,8	15,0	16,2	13,7	20,5	18,2	23,6	22,5	26,0	23,9
AfD	13,9	9,6	8,8	5,5	14,6	8,2	16,8	10,9	16,1	12,2	14,4	10,6	8,9	7,3
FDP	10,3	12,0	13,0	13,9	10,8	13,0	10,9	13,0	9,9	11,5	9,6	11,8	9,5	11,2
Die Linke	9,7	8,0	10,8	9,1	11,4	9,4	9,4	7,9	9,7	8,1	11,1	9,3	7,2	6,3
B90/Grüne	8,7	9,5	13,9	16,9	10,0	13,8	10,4	13,0	10,2	11,4	6,6	7,4	3,8	3,8
Sonstige	5,0	5,1	10,4	10,1	9,8	9,9	6,8	7,9	4,3	5,3	2,4	3,1	1,2	1,7

Lesehinweis: 7,9 Prozent der 35- bis 44-jährigen Briefwähler votierten bei der Bundestagswahl 2017 für die Partei Die Linke.

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 24.

strichen (Häufigkeit: 15,0 Prozent), spricht mehr für Absicht, enthält die Zweitstimmenseite mehrere Kreuze (Häufigkeit: 3,8 Prozent) mehr für ein Versehen. Insgesamt dürfte bei den ungültigen Stimmen die Urheberschaft wohl etwas mehr auf Absicht als auf Unkenntnis beruhen.

Die vorsichtig formulierte These von *Uwe Wagschal*, Wahlmanipulationen zuungunsten der AfD (überproportional viele ungültige Stimmen) könnten dort vorgekommen sein, wo die AfD besonders stark abgeschnitten hat³⁸, entbehrt der Grundlage. Eine Sichtung der ungültigen Stimmzettel würde vermutlich zeigen, dass die Kreuze für zwei Parteien oder für zwei Kandidaten auf denselben Urheber zurückgehen. Die Auffälligkeiten, die es in der Tat gibt, erklären sich durch den folgenden Umstand: Wo viele AfD-Stimmen sind, findet sich auch viel Unzufriedenheit. Und manch einer hat dann vorsätzlich ungültig gewählt.

8. Stimmensplitting

Das Stimmensplitting erlaubt es, Schlüsse über die Motive solcher Wähler anzustellen. Bei der Interpretation muss jedoch wegen der verbreiteten Unkenntnis der Relevanz der beiden Stimmen – die Zweitstimme ist erstrangig, die Erststimme zweitrangig – Vorsicht geboten sein.³⁹ Eine unterschiedliche Stimmabgabe lässt freilich gewisse Koalitionssignale erkennen.⁴⁰

27,3 Prozent der Wähler machten 2017 davon Gebrauch, die Erst- und die für die Zusammensetzung des Parlaments maßgebliche Zweitstimme unterschiedlich abzugeben. Diese hohe Zahl, der höchste Wert seit 1957⁴¹, ist überraschend: zum einen wegen des 2013 geänderten Wahlverfahrens, wonach Überhangmandate eine Kompensation erfahren (Ausgleichsmandate); zum andern durch die „Auflockerung“ der politischen Lager. So sind Wähler kleinerer Parteien nicht mehr im gleichen Maße motiviert, ihre Erststimme dem Kandidaten der großen Partei des eigenen Lagers zu geben. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite schwindet die Bindung der Wählerschaft der Volksparteien an ihre Kandidaten – auch wegen der Zunahme der Konkurrenz. Der Anstieg des Stimmensplittings dürfte maßgeblich darin wurzeln.

38 Vgl. *Uwe Wagschal*, Unregelmäßigkeiten bei der Bundestagswahl? Eine Untersuchung der ungültigen Stimmen offenbart Auffälligkeiten – womöglich zu Lasten der AfD, in: FAZ vom 28. April 2018, S. 6.

39 Vgl. etwa *Rüdiger Schmitt-Beck*, Denn sie wissen nicht, was sie tun ... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern, in: ZParl, 24. Jg. (1993), H. 3, S. 393 – 415.

40 Zur unterschiedlichen Interpretation vgl. *Harald Schoen*, Eine oder zwei Stimmen – fundierte Debatte oder viel Lärm um nichts?, in: *Jan van Deth / Hans Rattinger / Edeltraud Roller* (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen 2000, S. 145 – 172; *Franz Urban Pappi / Alexander Herzog / Ralf Schmitt*, Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 3, S. 493 – 513.

41 Das Stimmensplitting ist seit 1957 nahezu kontinuierlich gestiegen: 6,4 Prozent (1957), 4,3 (1961), 6,5 (1965), 7,8 (1969), 8,8 (1972), 6,0 (1976), 10,1 (1980), 10,9 (1983), 13,7 (1987), 15,6 (1990), 20,5 (2002), 23,9 (2005), 26,4 (2009), 23,0 (2013), 27,3 (2017). Für 1953, 1994 und 1998 liegen keine Angaben vor.

Tabelle 8: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 (in Prozent)

	Erststimmen									
	CDU	CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	B90/Grüne	Sonstige	Zweitstimme = 100	
CDU	85,2	–	5,6	0,7	3,3	1,1	3,1	0,5		
CSU	–	87,3	3,5	0,7	2,6	0,4	2,6	2,5		
SPD	5,3	1,1	82,4	1,2	1,4	2,9	4,4	0,9		
AfD*	5,7	1,8	4,7	78,5	3,0	2,6	0,5	2,5		
FDP	33,8	6,1	8,4	2,1	43,6	1,3	2,7	1,6		
Die Linke	4,2	0,6	15,8	1,9	1,3	66,5	6,7	2,4		
B90/Grüne	11,1	2,4	26,1	0,4	1,8	4,3	51,7	1,9		
Sonstige	8,5	4,2	11,9	10,9	6,0	12,1	9,9	33,7		

* Ausgewert leicht eingeschränkt, da die Partei nur in 286 Wahlkreisen angetreten ist.
 Lesehinweis: Von den Wählern, die bei der Bundestagswahl 2017 mit der Zweitstimme die CDU gewählt haben, gaben 85,2 Prozent ihre Erststimme der CDU.
 Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 26.

Die Zweitstimmenwähler der CDU (85,2 Prozent), der CSU (87,3 Prozent) und der SPD (82,4 Prozent) votierten mit ihrer Erststimme auch für den Kandidaten ihrer Partei (vgl. Tabelle 8). Allerdings ist der Anteil derjenigen, die ebenso mit der Erststimme dem Kandidaten „ihrer“ Partei treu bleiben, wie erwähnt, bei der CDU, der CSU und der SPD gesunken. Die drei genannten Werte sind im Vergleich zu früheren Wahlen die geringsten. 1980 etwa präferierten die Zweitstimmenwähler der CDU zu 97,1 Prozent den eigenen Kandidaten, die der CSU zu 96,1 Prozent und die der SPD zu 92,4 Prozent.⁴² Schwächer fiel diese Übereinstimmung bei den Zweitstimmenwählern der kleineren Parteien aus: Bei der AfD waren dies 78,5 Prozent, bei der Linken 66,5 Prozent, bei den Grünen 51,7 Prozent und bei den Liberalen 43,6 Prozent. Wenn fast 80 Prozent der AfD-Zweitstimmenwähler mit ihrer Erststimme einen Kandidaten aus den eigenen Reihen bevorzugten, so ist das ein Indiz für die beträchtliche Distanz des AfD-Elektorats zur Konkurrenz.

Dem Stimmensplitting lässt sich indirekt entnehmen, welche Koalition Wähler kleinerer Parteien bevorzugen, da diese höchst selten in der Lage sind, ein Direktmandat zu gewinnen und ihre Wähler mithin häufig „splitten“. Von den Zweitstimmenwählern der Grünen präferierten 26,1 Prozent mit ihrer Erststimme einen Kandidaten der SPD und 13,5 Prozent einen der Union. Der Anteil für den Kandidaten der Union war noch nie so hoch, der für den der SPD noch nie so niedrig (bis auf 1980). Gleichwohl fiel die Erststimmenquote für die SPD fast doppelt so hoch aus wie die für die Union. Hingegen votierten lediglich 8,4 Prozent der FDP-Zweitstimmenwähler mit der Erststimme für einen Kandidaten der SPD, aber 39,9 Prozent für einen der Union. 2013 hatten 63,1 Prozent der FDP-Zweitstimmenwähler für einen Kandidaten der Union gestimmt. Die Nähe der FDP zur Union ist folglich zurückgegangen.

Bei der Partei Die Linke hat sich der Anteil derjenigen, die ihre Erststimme auch dem eigenen Kandidaten geben, immer mehr abgeschwächt. Er erreichte mit 66,5 Prozent den niedrigsten Wert seit der Bundestagswahl 1990.⁴³ 15,8 Prozent der Zweitstimmenwähler der Partei Die Linke gaben ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD, 6,7 Prozent einem der Grünen und immerhin 4,8 Prozent einem der Union. Offenkundig öffnet sich die Wählerschaft dieser Partei auch für Kandidaten der Konkurrenz, wie umgekehrt deren Elektorat etwas stärker für Kandidaten der einstigen „Schmuddelpartei“ stimmt als früher, allerdings in einem bescheidenen Maße. Umgekehrt – freilich auf einem niedrigerem Niveau – fielen die Präferenzen der Zweitstimmenwähler der AfD aus. 7,5 Prozent von ihnen votierten für einen Kandidaten der Union, 4,7 Prozent für einen der SPD und lediglich 0,5 Prozent für einen der Grünen.

42 Vgl. Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4, a.a.O. (Fn. 2), S. 27.

43 Allerdings wäre die Annahme ein Missverständnis, 66,5 Prozent der Wähler der Partei Die Linke hätten beide Stimmen für sie abgegeben. Schließlich votierten von ihren Erststimmenwählern nur 72,1 Prozent für sie. So betrug der Anteil der Wähler, die mit beiden Stimmen der Partei Die Linke treu blieben, 6,6 Prozent (72,1 Prozent von 9,2 Prozent).

9. Die Relevanz der repräsentativen Wahlstatistik

„Das analytische Potential der repräsentativen Wahlstatistik kann mit der Validität der Daten nicht Schritt halten, weshalb ihr Wert für die empirische Wahlforschung begrenzt ist.“⁴⁴ *Harald Schoen* hat mit dieser Einschätzung Recht und Unrecht: Recht, weil Alter und Geschlecht in der Tat keine ausgeprägt wahlbestimmenden Faktoren sind, etwa im Vergleich zur sozialen Schicht. Beispielsweise: Wer eine enge Gewerkschaftsbindung aufweist oder zur Unterschicht gehört, dürfte nicht für die Liberalen votieren, unabhängig von Alter und Geschlecht, sondern eher für die SPD oder Die Linke. Der soziale Status bestimmt das Votum mehr als Alter und Geschlecht. Insofern ist die Exaktheit größer als die Relevanz; unrecht, weil die Aussagekraft der Statistik für die empirische Wahlforschung keineswegs begrenzt ist, denn sie erlaubt Vergleiche über viele Jahrzehnte. Alter sowie Geschlecht zählen zu unverzichtbaren Größen bei der Erklärung des Wahlverhaltens.

Daher verbietet es sich, die Aussagekraft der repräsentativen Wahlstatistik zumal in Zeiten hoher Wählerfluktuation herunterzuspielen. Allerdings ist die Aufmerksamkeit für sie in den letzten Jahren gestiegen. So sind etwa ihre verlässlichen Zahlen für die Interpretation nicht nur des Stimmensplittings unentbehrlich – für die Politikwissenschaft wie für die Parteien. *Schoens* Argumentation ist in einem anderen Punkt triftig: Die Daten der Statistik eignen sich dafür, die „Validität von Umfragedaten zu überprüfen“⁴⁵.

44 *Harald Schoen*, Daten in der empirischen Wahlforschung, in: *Jürgen W. Falter / ders.* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 89 – 103, S. 103.

45 Ebenda, S. 102.